



In der Begründung dazu wurde ausgeführt

"Alle aus der DDR dringenden Informationen weisen darauf hin, daß die Behandlung der politischen Häftlinge in den Haftanstalten der DDR in erheblichem Umfang gröblich gegen die allgemeinen und die speziell für Häftlinge geltenden Menschenrechte der Vereinten Nationen verstößt. Der Deutsche Bundestag hat einen Anspruch darauf, über die Situation dieser Häftlinge umfassend unterrichtet zu werden. Darüber hinaus bietet der innerdeutsche Grundlagenvertrag der Bundesregierung nicht nur eine Rechtsgrundlage, sondern im Hinblick auf ihre Schutzpflicht für alle Deutschen auch dringenden Anlaß, mit der DDR-Regierung sobald wie möglich in Gespräche einzutreten, mit denen darauf hingewirkt wird, allen politischen Häftlingen den Schutz der Menschenrechte zu sichern, zumindest aber eine Humanisierung ihrer Haftbedingungen zu erreichen."¹

Am 8. 9. 1982 fand vor dem "innerdeutschen" Ausschuß des Bundestages der BRD eine Anhörung von ehemals in der DDR verhafteten Personen, sogenannten politischen Häftlingen, statt, deren Ziel entsprechend den Worten des Ausschußvorsitzenden darin bestand, dadurch "die Menschenrechtsverletzungen im DDR-Strafvollzug festzustellen, zu verallgemeinern und die Ergebnisse an die UNO weiterzuleiten."² Insgesamt sind zu diesem Zweck zehn vormals in der DDR wegen Staatsverbrechen bzw. wegen Straftaten des ungesetzlichen Grenzübertritts verhaftete Bundesbürger und ehemalige DDR-Bürger vorgeladen worden, die "Erlebnisberichte" mit einer unterschiedlichen verleumderischen und diskriminierenden Darstellung der Verhältnisse im Untersuchungshaftvollzug der DDR gaben. Diese wurden nachfolgend in Massenmedien der BRD wiederholt veröffentlicht.

Die Ständige Vertretung der BRD in der DDR war im Januar 1980, im Dezember 1981 im Zusammenhang mit dem Treffen des Generalsekretärs der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Honecker, und dem damaligen Bundeskanzler der BRD, Schmidt, sowie nach vollzogenem Regierungswechsel im Frühjahr 1983 mit "Gesprächspapieren" an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR herangetreten.

¹ Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode

² "Associated Press" vom 8./9. 9. 1982